

S.2 Aufrüstung dient nicht unserer Verteidigung – **S.3** TVÖD: ver.di-Führung kapituliert vor »leeren Kassen« – **S. 4** Serbien: Die größten Proteste aller Zeiten & USA: »Hände weg, Trump!«
S.5 Türkei: Der Widerstand ist überall – **S.6** Berichte: IG Metall Aktionstag, Naziaufmarsch gestoppt – **S. 8** Gemeinsam und Entschlossen: Kein Fußbreit den Nazis

sozialismus
von unten

Ausgabe Mai 2025



AUFRÜSTUNG SOZIALABBAU ABSCHIEBUNG WIE STOPPEN WIR MERZ?

SPD und CDU/CSU haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Er liest sich wie eine Horrorliste.

Die Bundesregierung will Deutschland zu einer militärischen Großmacht ausbauen. Die Finanzmittel dafür sollen »unbegrenzt« zur Verfügung gestellt werden.

Bereits jetzt fehlen im Bundeshaushalt 30 Milliarden Euro pro Jahr. Trotzdem will die Regierung den Konzernen noch mehr Steuern erlassen.

Die reichsten 0,01 Prozent der Haushalte verfügen über mehr als 1.400 Milliarden Euro. An dieses Geld will Merz nicht ran. Stattdessen plant er einen Angriff gegen die Ärmsten der Armen an: Union und SPD möchten das Bürgergeld umbauen und drohen Arbeitslosen mit Sanktionen.

Migrant:innen, so steht es im Koalitionsvertrag, würden die Kommunen belasten. Mit diesem Vorwand haben sich SPD und Union darauf geeinigt, die Migration zu verringern und mehr abzuschieben. Das ist rassistische Augenwischerei. Die Finanzen der Kommunen wurden nicht durch die Migration ausgetrocknet, sondern durch die Umverteilungspolitik der letzten Jahrzehnte.

Es ist gut, dass es mit der Linken eine bundesweite Partei gibt, die in vielen Punkten gegen die Politik der Regierung argumentiert. Aber das wird nicht reichen. Um diese Agenda zu stoppen, brauchen wir eine starke Bewegung – vergleichbar mit den Mobilisierungen, die die Sparpolitik Helmut Kohls in den 1990er Jahren gestoppt hatte.

Potenzial für Widerstand

Potenzial dafür gibt es auch heute, wie die Proteste von 100.000 Metallern bei VW im Dezember oder die massive Beteiligung an Warnstreiks im öffentlichen Dienst dieses Jahr gezeigt haben.

Im Gegensatz zu damals ist jetzt die SPD aber Teil der Regierung. Die einfache Alternative von damals: SPD wählen, bringt uns nicht weiter – besonders nach der Erfahrung mit Gerhard Schröder, der genau die Politik umgesetzt hat, wegen derer wir Kohl loswerden wollten.

Das bedeutet, dass die Debatten härter werden. Um Bewegung gegen die Politik für die Konzerne aufbauen zu können, müssen wir rein in diese Debatten – in allen Betrieben, auf der Straße, in den Unis. <

AUFRÜSTUNG DIENT NICHT UNSERER VERTEIDIGUNG

Seitdem die Trump-Regierung angekündigt hat, den Krieg gegen Russland in der Ukraine den Europäern zu überlassen, überschlagen sich die europäischen NATO-Staaten mit Forderungen nach Aufrüstung. Aber dabei geht es nicht um Demokratie oder Menschenleben, sondern um wirtschaftliche Interessen.

Die russischen Herrschenden handeln ähnlich wie die »westlichen Demokratien«, wenn sie den Einfluss konkurrierender Groß- oder Regionalmächte schwächen wollen. Beispiele sind der Krieg des »Bündnisses der Willigen« gegen den Irak und der NATO-Krieg in Afghanistan. Wie die NATO-Staaten nimmt Russland nur dann Rücksicht auf das Völkerrecht, wenn dies den eigenen Interessen dient.

Dass sich Putin 2022 auf einen Stellvertreterkrieg mit der NATO in Europa eingelassen hat, war für viele Militärexpert:innen im Westen ein Schock. Der noch größere Schock war, dass das russische Militär nicht mit Restbeständen der NATO zurückgeschlagen werden konnte.

Die europäischen NATO-Staaten haben mehr und moderneres Militär als Russland (siehe Graphik). Sie geben auch deutlich mehr für Rüstung aus. So lagen die Gesamtausgaben für Militär alleine in der Bundesrepublik 2024 bei knapp unter 90 Milliarden Euro, wenn alles im Bundeshaushalt mitgerechnet wird, was nach NATO-Kriterien als Wehrausgaben zählt.

Weltweit Macht demonstrieren können

Doch die Bundeswehr wurde, wie auch das französische und britische Militär, in den letzten Jahrzehnten auf Auslandseinsätze in aller Welt getrimmt. Daher fehlen ihr jetzt vor allem Ersatzteile und Munition für diejenigen Waffensysteme, die für einen Landkrieg gegen einen technisch und wirtschaftlich fast ebenbürtigen Gegner erforderlich sind.

Während die Regierungen nach Aufrüstung in diesen Bereichen verlangen, stecken sie den Großteil der Rüstungsausgaben in Wehrtechnik, die für einen Krieg in der Ukraine völlig sinnlos ist. Die neu bestellten Fregatten und U-Boote zum Beispiel dienen dem Zweck, »weltweit Zugang zu Rohstoffen und Märkten« zu sichern, wie es in den Strategiepapieren der Bundeswehr heißt.

Unsere Herrschenden wollen alles: Sie wollen global militärisch um Ressourcen konkurrieren und gleichzeitig in Osteuropa Stärke gegen Russland zeigen, um die Einflussphäre der NATO zu erhalten.

Der Erhalt dieser Einflussphäre hat materiellen Wert für die Konzerne und die westlichen Staaten. Die Trump-Regierung hat klargestellt, worum es den USA in der Ukraine geht: seltene Erden und andere Ressourcen. In der EU bedauerten bereits manche, dass es nicht europäische Konzerne waren, die sich diese Bodenschätze gesichert haben.

Menschen bezahlen mit ihren Leben

Die deutsche Wehrbeauftragte sagt: »Die personelle, materielle und infrastrukturelle Ausstattung der Bundeswehr muss schnell besser werden. (...) Genügend und vollständig einsatzbereites Personal ist der Schlüssel zur

Verteidigungsfähigkeit.« Damit meint sie nicht die Verteidigung unser aller Leben oder physische Unversehrtheit, sondern die Verteidigung ökonomischer Interessen einer verschwindend geringen Minderheit mit gigantischen Reichtum.

Die Konkurrenz um Ressourcen, um Einflussbereiche, um Macht, ist nicht das Ergebnis von Putins Aggressionsdrang oder eines durchgeknallten US-Präsidenten. Sie ist die Folge eines Wirtschaftssystems, in dem alles der Konkurrenz unterworfen ist, in dem Profit wichtiger ist als Menschenleben.

Die Menschen sind die Leidtragenden der Konflikte: 300.000 russische und ukrainische Soldaten, die die Generäle geopfert haben. Zehntausende Zivilist:innen, die bei Bombardierungen getötet wurden. Die Millionen, die dem Krieg zu entfliehen suchen – nicht nur in der Ukraine übrigens, sondern auch dort, wo von »westlichen Demokratien« unterstützte Milizen um Rohstoffe für westliche Konzerne kämpfen.

Und Leidtragende sind auch die Menschen in Russland, der Ukraine und bei uns, die für Rüstung und Krieg »den Gürtel enger schnallen« müssen. <

■ Lina K., Berlin und Simo Dorn, Frankfurt am Main

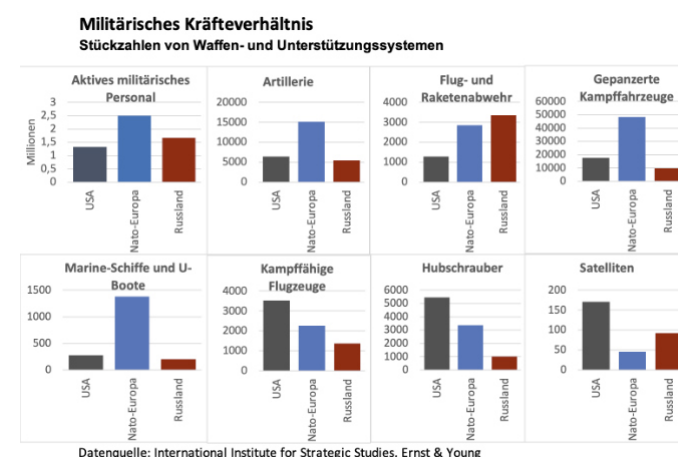


Foto: Beschäftigte des Flughafen Düsseldorf im Warnstreik der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes (panorama_and_politics / instagram)

TVÖD: VER.DI-FÜHRUNG KAPITULIERT VOR »LEEREN KASSEN«

Die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst bleibt hinter den Forderungen und Erwartungen der Kolleg:innen zurück. Das ist das falsche Signal.

Die Bundestarifkommission von ver.di hat der Tarifeinigung mit den Arbeitgebern im öffentlichen Dienst zugestimmt. Nun folgt eine Mitgliederbefragung in den entsprechenden Betrieben. Wenn nicht mindestens 75 Prozent gegen den Abschluss stimmen, wird die Tarifkommission Mitte Mai das Ergebnis höchstwahrscheinlich endgültig annehmen. Es gibt gute Argumente, gegen die Einigung zu stimmen.

Den öffentlichen Dienst brauchen die meisten von uns. Er hält die Gesellschaft am Laufen: Krankenversorgung, Altenpflege, öffentlicher Personennahverkehr, Stadtreinigung und Müllentsorgung, Erziehung in Kitas, und vieles mehr.

Die Beschäftigten dort arbeiten unter oft schwierigen Bedingungen. Das bestätigt zum Beispiel Serhat, Beteiligter an den Warnstreiks des Sicherheitspersonals am Düsseldorfer Flughafen:

»Die Lage ist äußerst angespannt. In vielen Bereichen, wie Check-in, Operations oder an den Sicherheitskontrollen, fehlt es an Personal, was eine hohe Arbeitsbelastung für die Beschäftigten bedeutet.

Die Arbeitsbedingungen sind prekär: befristete Verträge, überwiegend Teilzeitarbeit und unberechenbare Schichtpläne. Etwa 80 Prozent der Beschäftigten in meiner Firma arbeiten in Teilzeit, über 70 Prozent davon sind Frauen, viele von ihnen sind alleinerziehend.«

Beschäftigte tragen die Last

Das Problem mit fehlendem Personal durchzieht den gesamten öffentlichen Dienst. In der deutschen Gesundheitsversorgung fehlten 2022 290.000 Mitarbeiter:innen – 6,8 Prozent der Stellen konnten nicht besetzt werden.

Und immer sind es die Kolleg:innen, die mit Überstunden und erhöhter Arbeitsbelastung das Fehlende ausgleichen müssen. Die hohe Belastung führt zu mehr Krankmeldungen, was wiederum die Belastung erhöht.

Viel Wut erzeugt, dass die Lohnsteigerungen der letzten Jahre hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückbleiben. Seit 2019 sind die Preise für die Verbraucher um insgesamt 20 Prozent gestiegen, die Löhne im öffentlichen Dienst aber nur um 15 Prozent.

Deswegen fordern die Beschäftigten acht Prozent mehr Geld, drei freie Tage mehr und die Möglichkeit, die Ent-

gelterhöhung und Zuschläge in mehr freie Zeit umwandeln zu können.

Der erzielte Abschluss bleibt weit hinter diesen Erwartungen zurück – er kann bestenfalls die aktuelle Teuerung ausgleichen.

Luiz, Pflegeazubi in Leipzig, erzählt: »Die Beteiligung an den Warnstreiks war hoch wie lange nicht. Es gibt keinen Grund, einfach davon auszugehen, dass ein Erzwingungsstreik generell nicht möglich sei.

Ver.di war organisatorisch nicht überall gleich gut aufgestellt, das zeigen die unterschiedlich guten Mobilisierungen. Aber die Kampffähigkeit wird nur in der Auseinandersetzung gestärkt. Ein Kompromiss, der so deutlich hinter den Erwartungen zurückbleibt wie dieser, demoralisiert die Mitgliedschaft und schwächt die Gewerkschaft.

Dementsprechend stimmte auch ein gutes Drittel der Bundestarifkommission gegen den Abschluss. Ich werde mit »Nein« stimmen und versuchen, so viele Kolleg:innen wie möglich zu überzeugen, es auch zu tun.«

Geld ist genug da

Ver.di-Chef Frank Werneke begründete die Notwendigkeit für diesen Abschluss mit den leeren Kassen der Kommunen.

Aber die Kassen sind leer infolge der politischen Entscheidungen aller Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte. Alleine die Aussetzung der Vermögensteuer hat große Löcher gerissen.

Die Arbeitgeber wollen diese Umverteilung auf dem Rücken der Beschäftigten austragen. Das zu akzeptieren, kommt einer Kapitulation gleich.

Der Hebel der Gewerkschaft ist die Durchsetzung der Tarifforderung. Die Frage der Finanzierung müssen die Arbeitgeber schon selbst klären.

Geld ist genug da! Nach Einschätzung des ver.di-Experten Karl-Martin Hentschel fehlen dem Staat durch »Steuervermeidung« der Multimillionäre jährlich 100 Milliarden Euro – ein leicht lösbares Problem, wenn die Regierung nur wollte. <

■ Carl Schreiber, Hamburg und Luiz, Leipzig

SERBIEN: GRÖßTE PROTESTWELLE ALLER ZEITEN

Am 1. Mai ist es sechs Monate her, dass in Serbien das Vordach des Bahnhofs von Novi Sad einstürzte. 15 Menschen kamen ums Leben. Seitdem erlebt das Land die größte Protestwelle seiner Geschichte.

Die Proteste begannen damit, dass Studierende ihre Universitäten besetzten. Sie fordern Rechenschaft von den Regierenden und wehren sich gegen Repressionen. Inzwischen hat die Politisierung das ganze Land erfasst. Am 15. März waren bis zu einer Million Menschen in der Hauptstadt Belgrad auf der Straße. Serbien hat eine Bevölkerung von sechs Millionen.

Immer noch halten die Studierenden so gut wie alle Universitäten und Hochschulen besetzt. Bei der Absicherung helfen Fallschirmjäger und Motorradclubs. Jeden Tag um 11.45 Uhr blockieren Menschen zusammen die Hauptstraßen, um für eine Viertelstunde der Opfer zu gedenken. Menschen steigen aus den Autos und machen mit.

Vor allem Präsident Aleksandar Vučić versucht, die Bewegung zu diskreditieren. Er nennt die Studierenden im Fernsehen »Tschetniks«. So hießen die serbischen Kollaborateure mit den Nazis im Zweiten Weltkrieg. Die Studierenden wehren sich, indem sie auch auf dem Land demonstrieren. Ein großer Teil der Landbevölkerung bezieht seine Informationen aus dem Fernsehen.

Durch die Demonstrationen lernen die Menschen auf dem Land, dass Vučić sie belügt. Viele auf dem Land unterstützen inzwischen die Bewegung.

Vučić versucht, das Feuer auf sich zu lenken. Doch die Bewegung stellt nicht Vučić, sondern die Institutionen in Frage. Ihr Ziel ist eine politische Veränderung, nicht ein neuer Präsident. <

■ Jan Maas, Berlin

DIE WELT IN AUFRUHR

USA: »HÄNDE WEG, TRUMP!« – DIE GEGENWEHR NIMMT ZU

In den USA regt sich Widerstand gegen die Politik des US-Präsidenten Donald Trump. Seine republikanische Partei rät von Bürgerdialogen in Townhalls ab, seitdem diese regelmäßig in wutentbrannten Tiraden der lokalen Bevölkerung gegen die Regierungspolitik enden. Bürgerrechtsgruppen erhalten seit Trumps Vereidigung Zulauf und verdoppelten vielfach ihre Mitgliedschaft.

Seit Monaten gehen Beschäftigte gegen die Privatisierung des Postdienstes auf die Barrikaden. Innerhalb wie außerhalb der Vereinigten Staaten organisieren Aktivist:innen Aktionen gegen Tesla-Werke des reichsten Großkapitalisten der Welt und zeitweiligen Beraters im Weißen Haus Elon Musk.

Anfang April schlug die Unzufriedenheit in Massendemonstrationen unter dem Slogan »Hands Off!« (»Hände weg!«) unter führender Beteiligung von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen um. Die Mobilisierungen brachten in über 1.300 Orten Hunderttausende auf die Straße.

Von den Organisator:innen hieß es, sie seien vom Ansturm überwältigt: »Etwa 2.000 sagten, sie würden in Städten wie Raleigh kommen, am Ende beteiligten sich 45.000.« Wovon die US-Regierung die »Hände weg« lassen soll, betonten die Proteste unterschiedlich: In Harrisburg im Bundesstaat Pennsylvania konzentrierten sich die Demonstrierenden auf LGBTQ+-Rechte. In Seattle sammelte sich ein Meer aus Schildern in der Menge unter der Parole »Oligarchie bekämpfen«. Auch Demonstrant:innen in San Francisco liefen hinter einem Transparent mit der Forderung »Hände weg von der De-

mokratie« gegen den autoritären Staatsumbau einer ohnehin stark beschränkten bürgerlichen US-Demokratie.

Im Bundesstaat Rhode Island verurteilten Proteste Trumps Massenabschiebungen. In Boston hieß es auf einem Plakat »Kein Krieg außer Klassenkrieg«. Zentral wird sein, dass die junge Protestbewegung wie in diesem Fall über die Annahme, die Krise sei nur Folge eines einzelnen verrückten Trumps, hinauswächst ohne Illusionen in die Schein-Alternative der Democrats. <

■ Thomas Foster, London und Ramsis Kilani, Berlin



Foto: Menschen in Chicago schließen sich der Protestwelle gegen Trump an (Move On)



Foto: Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei – DSİP bei Protesten gegen die Verhaftung von Ekrem İmamoğlu durch die AKP-Regierung. (DSİP)

TÜRKEI: DER WIDERSTAND IST ÜBERALL

Die aktuellen Proteste in der Türkei gegen Erdoğan haben auch soziale Ursachen. Diese fordern auch die Partei seines Widersachers İmamoğlu heraus.

Seit der Festnahme von İstanbuls Oberbürgermeister Ekrem İmamoğlu und 100 weiteren Politikern der Republikanischen Volkspartei (CHP) kurz vor dessen Ernennung zum Präsidentschaftskandidaten seiner Partei erlebt die Türkei neue Massenproteste. Die CHP ist die größte Oppositionspartei. İmamoğlu hat bei den nächsten Wahlen die besten Chancen gegen den Präsidenten Erdoğan.

Als die Nachricht von İmamoğlus Festnahme die Runde machte, besetzten Menschen den Platz vor dem İstanbuler Rathaus. Studierende strömten aus den Universitäten von İstanbul, Ankara, İzmir, Adana und Eskişehir. Schüler:innen schlossen sich an. Der Funke sprang schnell auch auf traditionell Erdoğan wählende Provinzen über.

Millionen in der Türkei auf der Straße

Auch Teile der Gewerkschaften riefen zum Protest auf. Die Studierenden brachen durch Polizeireihen, um ihren Weg fortzusetzen. Damit rissen sie gleichzeitig Mauern der Angst ein. In Ankara füllte sich der zentrale Kızılay Platz mit Demonstrierenden, ein seit Jahren nicht gesehenes Bild.

Ein Demonstrationsverbot in İstanbul, Ankara und İzmir bewirkte praktisch nichts. Auf dem Platz vor dem İstanbuler Rathaus sammelten sich Tag für Tag hunderttausende Menschen und hörten den Reden des CHP-Vorsitzenden Özgür Özel zu.

Die CHP wählte wie geplant ihren Kandidaten. Neben den 1,7 Millionen Mitgliedern der CHP verkündeten über 14 Millionen Menschen ihre Solidarität mit İmamoğlu. Schließlich versammelten sich auf einer weiteren Massenkundgebung der CHP am 29. März in İstanbul/Maltepe nach eigenen Angaben 2,2 Millionen Menschen.

Erdoğan wirft Gegnern Terror vor

Die Regierung entfernt schon seit Jahren Bürgermeister:innen aus fadenscheinigen Gründen von ihren Posten. Oft geschah dies in Städten des kurdischen Südens. Bei den vergangenen Kommunalwahlen warf Erdoğan lokalen Wahlbündnissen aus CHP und der kurdischen DEM Terror vor. Gleichzeitig verhandelte er über die DEM mit Abdullah Öcalan über die Auflösung der PKK.

Nun richtete sich diese Methode auch gegen Vertreter:innen der CHP und DEM in İstanbul. Die kurdische Seite unterstützt daher die Proteste gegen die Festnahme İmamoğlus, die fast zeitgleich mit dem Newroz-Fest stattfanden.

Der Protest hat auch soziale Wurzeln

Doch es geht bei den Massenprotesten bei weitem nicht nur um die politische Repression. Wut und Entschlossenheit haben auch viele soziale Gründe. Viele Studierende finden keine Arbeit nach dem Studium. Die Rente liegt oft unterhalb des ohnehin zu niedrigen Mindestlohns. Es herrscht Massenarbeitslosigkeit. Nur eine Minderheit bezieht ein dürftiges Arbeitslosengeld.

Die Türkei hat eine der höchsten Inflationsraten weltweit. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und des weltweit verschärften Konkurrenzkampfes in Armut, während gleichzeitig die Reichen immer reicher werden.

İmamoğlus Partei balanciert

Der CHP wächst die Bewegung über den Kopf. Sie orientiert auf die Wahlurne und ruft zum Boykott von Produkten AKP-naher Konzerne auf. Ihr Vorsitzender Özgür Özel stellt sich gegenüber Erdoğan als besserer Nationalist dar.

Die CHP ist eine heterogene Partei. Momentan drücken die Massenproteste sie nach links. Doch beherbergt in ihren Reihen auch den Oberbürgermeister von Ankara, Manzur Yavaş, ein ehemaliges Mitglied der faschistischen MHP, der weiterhin für deren Ideologie einsteht.

Auch in der Türkei droht Gefahr von rechts

Am Rande der Bewegung versuchen faschistische Kräfte und Rassisten, Fuß zu fassen. Umso wichtiger ist es, dass Linke ihren Einfluss darin geltend machen und diese Kräfte verdrängen zugunsten eines gemeinsamen Kampfes aller Unterdrückten und Ausgebeuteten.

Eine Verbindung der Massenproteste gegen politische Repression mit den wachsenden Arbeitskämpfen und Streiks, wie der Metall-, Textil-, Bau- und Bergarbeiter bis hin zum Gesundheitswesen und der Nahrungsmittelindustrie würde den Sturz Erdoğan immens beschleunigen. Zugleich würde dies die Perspektiven für den Kampf gegen das kapitalistische System als Ganzes weit öffnen.

<
■ Taner Kumpirci, Stuttgart

WAS WILL SOZIALISMUS VON UNTEN?

Sozialismus von unten ist eine revolutionäre Organisation mit Ortsgruppen und Mitgliedern in vielen Orten Deutschlands. Wir vertreten eine sozialistische Perspektive von unten: Die Befreiung der arbeitenden Klasse kann nur ihr eigenes Werk sein. Eine wirklich demokratisch-sozialistische Gesellschaft muss von unten erkämpft werden und kann nicht von oben durchgesetzt werden. Statt einer Welt der Umweltzerstörung, Armut und Kriege wollen wir eine befreite Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen im Zentrum stehen.

Wir arbeiten in Bewegungen, Betrieben und Gewerkschaften gegen Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Unterdrückung und gegen Faschismus. Wir sind überzeugt, dass wir uns organisieren müssen, um unser Ziel von einer sozialistischen Gesellschaft zu erreichen.

Ideen alleine können das System des Kapitalismus nicht stürzen. Aber die Erfahrungen der Geschichte und die Theorien des Marxismus bieten einen unerlässlichen Kompass, um den Kapitalismus zu bekämpfen.

Die Verantwortung einer revolutionären Partei ist es, als Gedächtnis der Klasse zu fungieren, aus der Analyse von Siegen und Niederlagen zu lernen und revolutionäre Theorie und Praxis miteinander zu verbinden. Eine solche Partei aufzubauen ist unser langfristiges Ziel. Eine solche Partei hat die Aufgabe, in Zeiten von Krisen und Angriffen auf die Arbeitenden der berechtigten Wut der Menschen nicht nur eine Perspektive zu geben, wie es anders sein könnte, sondern auch was dazu notwendig ist.

Als revolutionäre Sozialist:innen beteiligen wir uns am Kampf um Reformen, nicht nur um unmittelbar Verbesserungen zu erreichen, sondern auch, weil dieser Kampf das Klassenbewusstsein und die Organisation stärken kann, indem Kämpfe mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft verbunden werden. <

Kontakt

Sozialismus von unten
Postfach 31 09 43
10639 Berlin



E-Mail: redaktion@sozvu.org
Instagram: @sozialismus_von_unten
TikTok: @inisvu
BlueSky: @sozvu.org
Telegram: t.me/sozvuorg

www.sozvu.org
www.sozialismus-von-unten.org
Redaktionsschluss: 10.04.2025 12:00
V.i.S.d.P.: E. Mourgues, Katharinenstr. 21, 10711 Berlin

BERICHT: KEIN METER DEN NAZIS

Mehrere tausend Berliner Antifaschist:innen stoppten am 22. März einen Naziaufmarsch durch Berlin-Friedrichshain.

Unter den mehreren tausend Demonstrierenden fanden sich viele junge Leute und verschiedene linke Gruppen. Auch die Gruppe Aufstehen gegen Rassismus (AgR) war vertreten, ebenso wie die Partei Die Linke und ein kleiner Block von Gewerkschafter:innen.

Nach dezentral organisierten Auftaktkundgebungen sammelte sich ein Demozug, der entlang der Route der Faschist:innen führen sollte. Die Stimmung war lebhaft, die Menge skandierte »Höcke ist: Ein Faschist!« und »Alle zusammen gegen den Faschismus!« Einige Menschen trugen Kufiyas, so kam auch der Slogan »Hoch die internationale Solidarität« gut an. Relativ schnell gelangte der Demozug zur Laufroute der Nazis und einzelne Blockaden starteten. Bald nahmen die Antifaschist:innen die ganze Straße ein und es etablierte sich eine Kundgebung den Markgrafendamm entlang bis zum Ostkreuz.

Die Nazis selbst versammelten mehrere Hundert (250-850) und schafften kaum 100 Meter ihrer 7,7 Kilometer langen Demoroute. Sie trafen direkt am Startpunkt ihrer Demonstration am Ostkreuz auf die ersten Reihen des antifaschistischen Gegenprotests.

Zu einer direkten Konfrontation kam es jedoch nicht. Die Polizei hatte den Raum zwischen den zwei Lagern großflächig abgeriegelt, sodass sich die Lage lediglich zu einem distanzierten Standoff entwickelte.

Auf der abgesperrten Straßen neben dem antifaschistischen Protest wäre zwar Platz gewesen, die Faschist:innen vorbei zu schleusen, angesichts des zahlenstarken und spürbar aktionsbereiten Gegenprotests wäre das für die Nazis aber sehr unbequem geworden. Schlussendlich löste die Polizei die Nazidemo auf und eskortierte die Nazis zurück zu ihren Zügen. <

■ Zoe B., Berlin



Foto: Demonstration gegen den »Gemeinsam für Deutschland«-Naziaufmarsch in Berlin-Friedrichshain.



Foto: Stark besuchter Aktionstag der Gewerkschaft IG Metall in Köln.

BERICHT: KÄMPFERISCHE STIMMUNG AUF DEM IGM AKTIONSTAG

Am vergangenen Samstag demonstrierten zehntausende Gewerkschafter:innen der IG Metall bundesweit für Arbeitsplatzsicherheit und gute Arbeitsbedingungen.

Am Samstag, den 15. März fanden sich 23.000 Metallerinnen und Metaller aus ganz NRW zum Aktionstag der Gewerkschaft IG Metall in Köln ein. Bundesweit waren in mehreren Städten etwa 67.000 auf den Kundgebungen: 25.000 in Stuttgart, 9.000 in Hannover, 6.000 in Leipzig und 12.000 in Frankfurt, wo sich Beschäftigte des öffentlichen Dienstes anschlossen.

Im IG Metall Aufruf zum Aktionstag hieß es: »Unsere Forderungen: Die Arbeitgeber müssen sich zu unseren Standorten bekennen. Schluss mit Arbeitsplatzabbau, Standortschließungen und Verlagerungen!« Das sind Forderungen, für die es sich zu kämpfen lohnt!

Besonders auch in Köln ist Kampf und Solidarität von unten wichtig. Die Ford-Werke GmbH will von den rund 11.500 Beschäftigten in Köln rund ein Viertel, etwa 2.900 Kolleginnen und Kollegen, entlassen. Das, obwohl es noch einen fest vereinbarten Kündigungsschutz bis 2032 gibt. Doch der Druck auf die Belegschaft erhöht sich durch den Entschluss des US-amerikanischen Mutterkonzerns, den finanziellen Schutzschirm zu beenden.

Jörg, ein Metaller bei Ford sprach mit uns: »Durch die Beendigung des Schutzschirm ist plötzlich in den nächsten Jahren sogar die Insolvenz der gesamten GmbH inklusive der Beschäftigten in Saarlouis möglich.«

Ganzer Standort von Ford bedroht

Aufgebrachte Stimmung herrschte bereits bei der Betriebsversammlung am 11. März. Einen Tag vorher war die Aufkündigung der Patronatserklärung, besagter Beschäftigungsschutzschirm, von der Kapitaleseite angekündigt worden. Dadurch stieg der Druck, dem geplanten Stellenabbau zuzustimmen.

Jörg: »Der Druck wurde dadurch extrem erhöht. Man kann die Stimmung nicht anders beschreiben als Kacke. Aber wir sind schon in den Planungen [einer Antwort der

Belegschaft]. Wir werden etwas machen und kämpfen, da wo es weh tun wird.«

Ein Kampf um jeden Arbeitsplatz in der Industrie und speziell bei Ford wird nötig sein, um Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit von tausenden Menschen zu verhindern – in Köln und anderswo. <

■ Svu Köln

Svu vor Ort





Foto: Demonstrationzug gegen den AfD-Bundesparteitag in Essen 2024 (Aufstehen gegen Rassismus).

GEMEINSAM UND ENTSCHLOSSEN: KEIN FUßBREIT DEN NAZIS

Am 22. März marschierten bundesweit Nazis unter dem Motto »Gemeinsam für Deutschland« auf. An den meisten Orten konnten die Nazis größtenteils ungehindert auflaufen.

Ein Beispiel, wie es anders geht, war die Demo von Ex-AfD-Mann Sentürk am selben Tag in Berlin Friedrichshain. Dort wurden die Nazis durch einen breiten und kämpferischen Protest von mehreren tausend Antifaschist:innen erfolgreich blockiert (siehe Seite 6). Es war ein wichtiger Erfolg für die antifaschistische Bewegung und ein Beweis dafür, dass Nazis in direkter und entschlossener Konfrontation gestoppt werden können.

Und das ist auch nötig. Aufmärsche spielen in der Aufbaustrategie der Nazis eine zentrale Rolle: Sie führen dazu, dass, wie Hitler sagte, »der kleinste Wurm sich als Teil eines großen Drachens fühlt«. Erfolgreiche Märsche steigern das Selbstbewusstsein der Nazis und helfen dem harten Kern der Faschist:innen, ihr Umfeld an sich zu binden.

Nazi-Aufbau stoppen

Der Kernpunkt jeder faschistischen Bewegung ist es, Organisationen aufzubauen, die über Terror die Straße beherrschen und mit Gewalt jede Opposition brechen. Deswegen ist es überlebenswichtig für alle Antifaschist:innen, diesen Aufbau zu behindern, wo es nur geht.

Die AfD betreibt eine Doppelstrategie. In den Parlamenten versucht sie sich als scheinbar bürgerliche Partei zu etablieren. Gleichzeitig arbeitet sie am Aufbau einer rechten Straßenbewegung im Sinne der SA – der paramilitärischen Bürgerkriegsarmee Hitlers. Nur mit so einer Bewegung könnte sie ihre Ziele durchsetzen.

In den Parlamenten spielt sich die AfD als Vertreterin des »kleinen Mannes« und als Systemopposition auf. Mit den ausbeuterischen und zerstörerischen Systematiken des Kapitalismus hat sie aber kein Problem. In ihren Augen sind Migrant:innen, Geflüchtete und queere Menschen für den angeblichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Untergang Deutschlands verantwortlich.

Rassismus

Im Gegensatz zu den Nazis haben bürgerliche Parteien ein instrumentelles Verhältnis zu Rassismus. Sie glauben nicht, dass Abschiebungen Probleme lösen, aber sie schüren Rassismus, um von den wahren Problemen abzulenken. Damit schaffen sie die Stimmung, in der Nazis aufbauen können.

Und die Nazis nutzen das. Die damals stärkste Nazi-Partei, die NPD, bezeichnete 2010 die »Moslem-Feindschaft und Islam-Kritik als politischen Türöffner«. Auch die AfD nahm das »Feindbild Islam« in ihr Grundsatzprogramm auf.

Die AfD ist eine faschistische Partei, die mit allen Mitteln bekämpft werden muss. Alle, die sich Nazis in den Weg stellen wollen, müssen bei antifaschistischen Protesten willkommen sein. Egal welche Differenzen uns in anderen politischen Fragen trennen. Wir müssen im Kampf gegen die Nazis zusammenarbeiten. <

■ Gerrit Peters, Berlin



AgR

Was du tun kannst:

- Beteilige Dich bei einer lokalen Initiative gegen Rassismus und Faschismus - z.B. einer Ortsgruppe von »Aufstehen gegen Rassismus« (AgR)
- Beteilige Dich an Kampagnen gegen rassistische Übergriffe und Abschiebungen in deiner Umgebung.
- Bau Dir mit einem »Stammtischkämpfer:innen-Seminar« ein antirassistisches Umfeld in deiner Gewerkschaft, Schule, Uni oder deinem Betrieb auf.
- Bestelle Dir Material, wie zum Beispiel »Die AfD: Eine Gefahr für Beschäftigte«, von »Aufstehen gegen Rassismus« und verteile es in deinem Umfeld.
- Hilf mit, die Aktionswochen gegen antimuslimischen Rassismus (17. Juni bis 1. Juli) aufzubauen.
- Wo Du aktiv bist, argumentiere für breite und entschlossene Aktionen gegen Auftritte von Nazis.
- Mach mit bei Sozialismus von unten. Wir wollen das System überwinden, welches den Nährboden bietet, in dem der Faschismus überhaupt erst gedeihen kann: den Kapitalismus.